

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbesitzern und in allen Kiosken erhältlich

**Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien**  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Druckpreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: 2 / Fernsprecher-Sammelnummer 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel-Schilling-Str. 2 / Dresden-Alt., Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtnachricht: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentage 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Dresden, Freitag den 9. April 1926 Nummer 82

## Schwenkung zur Koalition?

Dresden, am 8. April 1926.

P. B. In den jahrelangen Kämpfen der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die sächsischen Landtage ist die Frage der Koalitionspolitik im Mittelpunkt. Koalition der sozialdemokratischen Führer mit der Bourgeoisie oder Einheitsfront des Proletariats? Das ist die Frage, um die es in Sachsen auch heute geht. Dieser entscheidenden Frage sind alle übrigen Fragen untergeordnet. Die Strategie des Berliner Parteivorstandes der SPD. ist für die Aufrechterhaltung der Koalitionspolitik in Sachsen zum Ziel. 1923/24 hat der Parteivorstand mit offenen Karten gespielt. Damals haben Dittmann und Wels in aller Öffentlichkeit die Koalitionspolitik als unumgängliche Notwendigkeit für Sachsen propagiert. Auf dem Landesparteitag der SPD. am 31. Januar 1926 hat der Berliner Parteivorstand mit verdeckten Karten gespielt. Die vom Parteivorstand inspirierten Agitationsanträge, die die definitive Auflösung des Landtages verhindern sollten, wurden von uns feinerzeit sofort als Entlassungsanträge für die Koalitionsregierung und für die 23 Rechten gekennzeichnet. Unter diesen Agitationsanträgen sollte die neue Koalition vorbereitet werden.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ bestätigt in einem Aufsatz vom 6. April im vollen Umfang, was wir damals gesagt haben. Aus dem Aufsatz der Volksstimme ist deutlich das Bestreben zu erkennen, einen Wahlkampf zu führen, der von den inneren Auseinandersetzungen der SPD. entlastet ist. Es geht den sozialdemokratischen Führern nicht darum, eine partei- oder klassenpolitische Front gegen die Koalitionspolitik aufzurichten. Sie sind vielmehr auf der Suche nach einem Vorwand, mit dem sie vor der Arbeiterklasse eine Koalitionsregierung der linken Führerpartei mit der Bourgeoisie verteidigen können.

Es liegen aus der letzten Zeit eine Reihe von Äußerungen der linken Führer vor, an denen die Tendenz zur Koalitionspolitik sichtbar ist. Liebmann und die „Leipziger Volksstimme“ haben in letzter Zeit mehrfach demonstrativ die Politik des Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verteidigt. Obwohl diese Politik gerade das Gegenteil dessen ist, für was angeblich auch die linken Führer in Sachsen kämpfen. Im Zusammenhang mit der Stellungnahme zur Koalitionsfrage macht sich auch in der linken Führergruppe der sächsischen SPD. eine Umgruppierung bemerkbar. Jetzt wird immer mehr zurückgedrängt. Er gehört zu jener Gruppe von „Schulmeister und jungen Kolportieren“ die sich die besondere Freundschaft des Parteivorstandes zugezogen haben. Jetzt ist öffentlich gegen das Reichsbanner aufgetreten, gegen Schwarz-Rot-Gold. Er hat für die Diktatur des Proletariats erklärt und gegen die Koalitionspolitik. Das geht vielen seiner Gefolgsleute zu weit.

Nachdem der Chefredakteur der „Dresdener Volkszeitung“, Max Sachs, sich endgültig von den 23 losgesagt hat und zur Fraktionsminderheit hinübergewechselt ist, führt er einen ununterbrochenen ideologischen Kampf im Lager der linken Führer für die Koalitionspolitik. In einer Erklärung in der Sachs seine persönliche politische Stellungnahme festlegte, betonte er ausdrücklich, daß er in der gegenwärtigen Situation die Koalitionsregierung für Sachsen als die gerechtere betrachte. Sachs führt diese Linie weiter in einer Auseinandersetzung mit der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung“. In dem Aufsatz von Sachs, der am 6. April in der „Dresdener Volkszeitung“ abgedruckt wird, heißt es zur Koalitionspolitik:

„Bei dem sächsischen Konflikt handelt es sich schon längst nicht mehr um die grundsätzliche Frage, ob Koalition mit bürgerlichen Parteien oder nicht. Unter denen, die eine Aufhebung des Landtages und eine Beteiligung der gegenwärtigen Regierung verlangen, befinden sich sehr viele, die durchaus nicht grundsätzliche Gegner einer Koalition mit bürgerlichen Parteien sind. Wenn der gegenwärtige, für die Partei untragbare Zustand beendet ist, wird unter Umständen die Koalitionsfrage von neuem geprüft werden müssen.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter können Herrn Sachs nur dankbar sein, daß er die Frage aus dem Saß gelassen hat. Die politische Stellungnahme von Sachs bedeutet nichts anderes, als die Eingliederung an die bürgerlichen Vorkämpfer zur Bildung einer Koalitionsregierung nach den Wünschen. „Die Koalitionsfrage soll von neuem geprüft werden.“ Also Verhandlungen über die Koalition verlangt Sachs. Die Frage der sozialistischen Minderheitsregierung ist für Sachs nur ein Manöver gegen die Kommunisten. Er möchte natürlich die Kommunisten für die Bildung einer Koalitionsregierung verantwortlich machen. Sachs schreibt:

Die Kommunisten müßten sich entweder bereit erklären, eine sozialistische Minderheitsregierung zu unterstützen, die sozialdemokratische Politik treibt, soweit das unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, oder sie müssen es eben ablehnen lassen und werden dann die Verantwortung dafür vor der Arbeiterklasse zu tragen haben.“

Ein sehr einfaches Rezept! Ein Rezept ganz nach dem Geschmack der Opportunisten. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Kommunisten werden die linken sozialdemokratischen Führer in Sachsen zwingen, zur Einlösung ihrer unzähligen Versprechungen vor der Arbeiterklasse eine sozialdemokratische Regierung zu bilden. Bei jeder Gelegenheit erzählen ja die sozialdemokratischen Führer den Arbeit-

ern, was sie alles für Wunderdinge vollbringen würden, wenn sie nur die parlamentarische Mehrheit hätten. Nun, die Kommunisten werden den sozialdemokratischen Führern Gelegenheit geben, die parlamentarische Mehrheit in Anwendung zu bringen zur Durchführung ihrer Verjährungsgehen. Dabei wird sich die Arbeiterklasse nicht mit Redensarten wie „soweit das unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist“ abspenken lassen. Die Arbeiter werden die Durchführung bestimmter Forderungen, die der jeweiligen Lage entsprechen, verlangen. Doppelte Durchführung werden die Kommunisten nicht dulden. Wir werden den Kampf in den breiten Massen der Arbeiter ausfechten und sind der festen Überzeugung, daß das Spiel der Leute um Sachs sehr bald durchsichtbar wird.

Die Arbeiter werden sehr schnell wissen, daß man nicht auf der einen Seite Liebeserklärungen an die bürgerlichen Parteien abgeben und auf der anderen Seite Propaganda für eine sozialdemokratische Minderheitsregierung treiben kann. Der Arbeiterforderungen durchzuführen will, der muß sich in einer Linie entscheiden und ohne Schwankungen auf den Boden des Klassenkampfes stellen und jede Koalition mit den bürgerlichen Parteien ablehnen. Das versteht jeder Arbeiter. Wer in diesen Fragen wogeln will, dem wird auf die Finger geklopft werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen in den neuen Auseinandersetzungen innerhalb ihrer Partei nicht vergessen, eine klare Entscheidung zur Frage der Koalitionspolitik herbeizuführen.

Die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Presse gegenüber dem Vorstoß der Kommunisten zur Herbeiführung eines Volksbegehrens und Volksentscheides für die Landtagsauflösung erhält unter dem Gesichtswinkel der Koalitionspolitik erhöhte Bedeutung. Die außerparlamentarische Propaganda und Agitation für die Landtagsauflösung ist nur möglich als Kampf gegen die Koalitionspolitik. Wer diesen Kampf scheut, hat natürlich auch alle Vorteile, das Volksbegehren zu fürchten. Alle Arbeiter, die eine sozialdemokratische Minderheitsregierung in Sachsen wollen, die Schlus machen wollen mit der Koalitionsverraterei, müssen deshalb für das Volksbegehren eintreten. Wer das Volksbegehren ablehnt, dient offen und verdeckt der Koalition. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben das größte Interesse daran, daß die Entscheidung der SPD. über das Angebot der Kommunisten schnellstens herbeigeführt wird. Es genügt nicht, wenn Resolutionen mit der Forderung nach dem Ausschluss der 23 angenommen werden. Das ist nur ein halber Schritt. Der Kampf gegen die Rechten ist kein persönlicher Kampf gegen Disziplinbrecher allein, sondern er muß in erster Linie als politischer Kampf gegen die Koalitionspolitik und für das Volksbegehren geführt werden.

## Die Leipziger SPD.-Funktionäre gegen Schilling und die Gewerkschaftszeitung

Am Mittwoch haben die Funktionäre der Leipziger SPD. sich erneut mit den 23 Rechten im Landtage beschäftigt und gleichzeitig Stellung genommen gegen die Schreibweise der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung“, die bislang das Substitutionsorgan der Rechten gewesen ist. Die „Leipziger Volkszeitung“ veranlaßte gestern über die Verammlung einen längeren Bericht und die gegen 1 Stimme angenommenen Entschlüsse folgenden Wortlauts:

1. Die am 7. April versammelten Parteifunktionäre von Groß-Leipzig nehmen Kenntnis von den neuesten Disziplinbrüchen der ehemaligen Fraktionsmehrheit der sächsischen Landtagsfraktion, die nur die logische Folge ihrer bisherigen partei- und klassenpolitischen Politik sind. Sie billigen die Stellung der sächsischen Parteivorstände vom 21. März 1926 und betonen den festen Willen, alle Maßnahmen zu unterstützen, die den organisatorischen Schluß mit den Disziplinbrechern bedeuten. Im besonderen begrüßen die Funktionäre, daß die Disziplinbrecher nicht mehr als Vertreter der Sozialdemokratie gelten können.

2. Die Sächsische und die Leipziger Gewerkschaftszeitung hat wiederholt zu den Vorgängen in der sächsischen Sozialdemokratie in der Weise Stellung genommen, daß sie sich schärfend vor die Disziplinbrecher gestellt und die übergrößen Mehrheit der Parteigenossen nicht mehr als Partei genossen betrachtet hat. In der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung“ vom 1. April 1926 werden die Disziplinbrecher wieder in Schutz genommen. Diese Stellungnahme richtet sich gegen die Grundlagen jeder Organisationsarbeit der modernen Arbeiterbewegung, die ohne Disziplin keine Mitglieder zur Einflußlosigkeit verurteilt ist. Deshalb bedeutet die Haltung der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung“ eine ebenso schwere Schädigung der Gewerkschaften wie der Partei.

Die sowohl parteipolitisch als auch gewerkschaftlich organisierten Funktionäre von Groß-Leipzig erklären, daß die Gewerkschaftszeitung nicht das Recht hat, die Disziplinbrecher im Namen der Gewerkschaften in Schutz zu nehmen. Die Schreibweise der Gewerkschaftszeitung widerspricht nicht nur den Interessen der gesamten Arbeiterbewegung, als die gegenwärtige sächsische Ko-

## Der Korruptionsfandal in Frankfurt

Berlin, 8. April. (Eigener Drahtbericht.)

Wie die Zeitungen bei der Reichsbahn in Frankfurt an der Oder berichtet wurden, zeigt der Verlauf einer Beschwerde der Frankfurter Reichsbahnarbeiter über Bestechungen beim Bau der 627 neu errichteten Beamtenwohnungen, die Eingabe, die an das Reichswehrministerium gerichtet war, wurde an das Reichswehrministerium weitergegeben. Der Verkehrsminister forderte die Reichsbahndirektion Oden zum Bericht an. Die Reichsbahndirektion Oden bittet die Siedlungsgesellschaft Ostmark, die die betreffenden Wohnungen gebaut hat, um „Unterlagen“. Endlich, nach 6 Monaten, im April 1924 erhält das Reichswehrministerium die Aufstellung der Baukosten, die für die verschiedenen Wohnungsmieten zwischen 1855 und 1943 Goldmark stellen sollten. Stolz wird dem Reichswehrminister darüber berichtet, wie billig die Siedlungsgesellschaft Ostmark gebaut hat. Der Reichswehrminister schreibt der Frankfurter Garnison, daß eine Beschwerde „nach den angelegten Urhebungen“ unbegründet sei. Aber wenige Tage nach der Abfassung des Berichts werden die vier- und fünfstufigen Summen an Baukosten für die betreffenden Wohnungen gezahlt, und so wie diese sind alle anderen Beschwerden von den „zuständigen Stellen“, nämlich von den Beschuldigten selbst, erledigt worden.

Selbst das Organ des Außenministers Stresemann, die „Tägliche Rundschau“, kann jetzt nicht mehr zu dem Korruptionsfandal in Frankfurt a. O. schweigen und muß die Schuld der vorgesehnen Behörden zugeben. Sie schreibt: „Besonders bedenklich scheint es, daß alle diese Durchschreibungen sich unter den Augen der vorgesehnen Behörden abspielten, ohne daß die Reichsbahnverwaltung den ungetreuen Beamten und den betrügerischen Bauunternehmern auf die Spur kam. Sie mußte erst von anderer Seite aufmerksam gemacht werden und hier offenbar kann erst jemand eingegriffen, denn sonst hätte dieser ganze Skandal im Sommer des vorigen Jahres noch ziemlich im Keime erstickt werden können.“

## Ein Attentat auf den russischen Inzentkommissar

Moskau, 8. April. (Teluslon.) Heute ist in Moskau ein Attentat auf den Volksbeauftragten Beloborodow verübt worden, der bekanntlich an der Ermordung der Jarenfamilie beteiligt war. Ein unbekannter Student gab eine Bombe in die Hand von Beloborodow ab und verletzte ihn an den Schultern. Nach lebhafter Verfolgung wurde der Täter festgenommen, der ein Sohn eines früheren Schloßhelfers ist. Das Attentat wird noch vor der Öffentlichkeit geheim gehalten. Die Sowjetregierung wird erst morgen eine amtliche Mitteilung über das Attentat veröffentlichen.

## Die Leipziger SPD.-Funktionäre gegen Schilling und die Gewerkschaftszeitung

litonsregierung in zahlreichen Fällen gegen die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter gewirkt hat.

Die in der Gewerkschaft tätigen Parteigenossen werden aufgefordert, in ihren Gewerkschaften gegen dies Verhalten der Gewerkschaftszeitung entschieden Stellung zu nehmen.

In der Verammlung ist es zu förmlichen Auseinandersetzungen über die Schreibweise der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung“ gekommen. Nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ nahm der Diskussionsredner Schäfer zu der Schreibweise Schillings in der „S. G. Z.“ mit folgenden Worten Stellung:

„Es muß vor allem gefordert werden, daß andere Parteigenossen nicht zwei Seelen in einer Brust tragen. Wir erleben heute abend wieder, daß hier Parteigenossen sitzen, die sich in diesem Saal so geben, als wären sie Gegner der 23, aber oben im Gewerkschaftslokal gehen dieselben Genossen mit Schilling durch die und hin. Das geht nicht so weiter. Die Dreierverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat heute abend einstimmig beschlossen, morgen den Funktionären der Disziplinbrecher eine Entschlüsselung vorzulegen, die den sofortigen Rücktritt der Redaktion der Gewerkschaftszeitung fordert. (Beifall.) Wenn die Parteigenossen, die hier im Saal sitzen, in ihren Gewerkschaften für ihre Auffassung eintreten, dann müßte es mit dem Leibel zugehen, wenn uns die Redaktion der Gewerkschaftszeitung noch länger auf der Nase herumtanzen könnte. Wenn ihr auch diese Dinge von Schilling noch weiter gefallen laßt, dann laßt ihr auch in dieser Sache keine andere Behandlung wert.“

Wir unterstützen das für Sach die Ausführungen dieses sozialdemokratischen Arbeiters, wir begrüßen auch besonders die in der zweiten Resolution zum Ausdruck gebrachte Aufforderung, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in den Gewerkschaften gegen das Verhalten der Gewerkschaftszeitung Stellung nehmen sollen. Der Kampf gegen die Redaktion der Gewerkschaftszeitung darf jedoch nicht mit der Entledigung Schillings beendet sein. Der Kampf muß geführt werden gegen die rechten Bezirker insgesamt. Das wird jedoch nur möglich sein, wenn die linken sozialdemokratischen Arbeiter den Kampf gegen diese Ketzerei in gemeinsamer Front mit den Kommunisten führen.